

**SPERRFRIST: Samstag, 12.06.2010, 12.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Nikolaus Landgraf, DGB-Landesvorsitzender**

**Rede auf der Kundgebung „Das nennt ihr gerecht!? – Gerecht geht anders!“  
am 12. Juni in Stuttgart**

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

in dieser Woche ist ganz schön viel Musik:

Am 9. Juni hatten wir in fünf Städten die eindrucksvollen Aktionen des Bildungsstreiks – mit tatkräftiger Unterstützung der DGB-Jugend.

Am 10. Juni machte die IG Metall mit einem landesweiten Aktionstag in fünf Städten mobil für ihre Aktion Übernahme – eine tolle Aktion, die wir als DGB ebenfalls begrüßt und unterstützt haben.

Und heute – heute demonstrieren wir alle zusammen mit einem breiten Bündnis gegen den Wahnsinn der Finanzmärkte und gegen das Sparpaket der Bundesregierung.

Es ist etwas ganz Besonderes, was hier wächst – nämlich eine Bewegung für eine sozial gerechte Politik.

So viel Bewegung tut gut.

Heute stehen wir hier, um deutlich zu machen: Niemand soll uns unterschätzen! Wenn die Bundesregierung meint, sie könne die Verursacher der Finanzkrise weiter schonen und die Opfer der Krise noch mehr belasten – dann wird dies nur der Anfang unserer Proteste sein.

Dann sage ich schon jetzt: Im Herbst sehen wir uns wieder – und dann sind wir noch viel mehr!

Wir verlangen, dass es endlich Leitplanken und Verkehrsregeln für die außer Kontrolle geratene Finanzbranche gibt statt sie nur mit Milliarden zu päppeln.

Riskante Geschäfte müssen verboten, die Aufsicht gehört verstärkt, das Casino muss geschlossen werden!

Passiert ist bis jetzt wenig, der Rubel rollt schon wieder.

Da scheint es doch leichter, sich erst mal an die Arbeitslosen zu halten – eine Sauerei!

„Deutlich wird jetzt die Handschrift der Koalition“, hat Angela Merkel bei der Vorstellung des Sparpakets gesagt.

Richtig! Und die besagt: Schwarz-Gelb schont die Wohlhabenden und macht Klientelpolitik!

Die angeblichen Beiträge der Wirtschaft sind lächerlich!

Sogar der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrats kritisiert die fehlende soziale Balance.

Angela Merkel nennt die Kürzungen bei Langzeitarbeitslosen und bei der Arbeitsmarktpolitik eine „Neujustierung der Sozialsysteme“ – das ist eine Frechheit!

Bei der „Neujustierung“ handelt es sich um Daumenschrauben, die den sozial Schwachen angelegt werden.

Einschnitte bei den Rentenbeiträgen für Langzeitarbeitslose, Abstriche beim Elterngeld - sogar völlige Streichung bei Hartz-IV-Empfängern - und Kürzungen bei den Fördermitteln für Erwerbslose „zielgerichtet und fair“ zu nennen (O-Ton Bundesregierung) ist bodenloser Zynismus.

Wo sind denn die Arbeitsplätze, für die man den Arbeitslosen Beine machen will?

Die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg verfestigt sich, sagt die Agentur für Arbeit. Über die Hälfte sind schon Hartz-IV-Empfänger.

12 Prozent der Kinder im reichen Baden-Württemberg sind nach einer Studie der Caritas akut armutsgefährdet – vor allem Kinder von Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Sie werden unter den „zielgerichteten und fairen“ Kürzungen am meisten zu leiden haben.

Empörend finde ich auch Merkels Satz, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt.

Man traut seinen Ohren nicht. Wer ist „Wir“?

Die Arbeitnehmer, die Familien, die Rentner, die Arbeitslosen, die Hartz-IV-Empfänger - oder vielleicht doch die Vermögenden und Spekulanten?

Heribert Prantl hat es in der Süddeutschen Zeitung auf den Punkt gebracht. Er schrieb: „Saus und Braus herrscht nicht so sehr in den Sozialwohnungen als auf den Finanzmärkten.“

Recht hat er – und damit muss jetzt Schluss sein!

Für Hoteliers sind Milliarden drin, für die Arbeitslosen heißt es: Gürtel noch enger schnallen.

Eine solche Politik kann ich nur als obszön bezeichnen!

Bei den einfachen Menschen traut ihr euch und vor den Mächtigen und der Wirtschaft kuscht ihr – eine schöne Gesellschaft haben wir da beieinander!

Die Krise und ihre Folgen werden uns auch im Land noch auf Jahre beschäftigen.

Wir sind nicht über den Berg, sondern mitten in unwegsamem Gelände!

Wir wollen wissen, wie die Aufräumarbeiten nach dem Finanzcrash aussehen sollen. Wo wird abgeräumt, was wird neu gebaut?

Wir verlangen als mündige Wählerinnen und Wähler, die Karten vor der Landtagswahl auf den Tisch zu legen.

Wir wollen wissen, wie die Landesregierung künftig den Landeshaushalt angesichts von weniger Einnahmen und angesichts der gesetzlich festgelegten Schuldenbremse sanieren will.

Bis 2020 muss das Land Milliarden einsparen.

Wir befürchten: Die Schuldenbremse wird im Land zu einem Schleudertrauma führen.

Jedenfalls dann, wenn Schwarz-Gelb weiter nur auf Wachstum und auf Ausgabenkürzungen setzt.

Dann wird es zu einer drastischen Sparpolitik kommen, die die Konjunktur belastet und den Spielraum des Landes für zentrale Zukunftsinvestitionen drastisch einschränkt.

Womit haben wir zu rechnen, Herr Mappus?

Als designierter Ministerpräsident haben Sie verkündet: „Wenn wir aus den Sozialhaushalten nicht in erheblichem Umfang einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung bringen können, dann werden wir es nicht schaffen.“

Sind Sie immer noch dieser Meinung?

Schon hat Finanzminister Stächele im Landtag öffentlich darüber nachgedacht, den beschlossenen Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz ab 2013 abzuschaffen oder aufzuschieben, weil die Kommunen knapp bei Kasse sind.

Das ist doch skandalös! Soll die Bundesregierung doch endlich für eine anständige Finanzausstattung der Kommunen sorgen!

Für anderes ist aber weiter Geld da. Bund, Land und Stadt vergraben Milliarden beim Prestigeprojekt Stuttgart 21 – ein Projekt aus besseren Zeiten. Heute fehlen diese Milliarden an anderer Stelle.

Besser wäre es, die Landesregierung würde sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer – eine Landessteuer – stark machen, für eine höhere Besteuerung großer Erbschaften, für eine Finanztransaktionssteuer, für einen höheren Spitzensteuersatz.

Geld ist genug da – es ist nur falsch verteilt!

Mit Sparen allein saniert man keinen Landeshaushalt. So viel Luft ist da nicht drin. Das weiß auch die Landesregierung.

Alle, die uns weismachen wollen, dass die öffentlichen Haushalte nur übers Sparen zu sanieren sind, die drücken sich um die Verteilungsfrage – konkreter: Sie schonen die Vermögenden.

Das ist die Handschrift von Schwarz-Gelb.

Kein vergleichbares Land besteuert Vermögen so niedrig wie Deutschland. Wir sind ein Niedrigsteuerland.

Damit muss Schluss sein!

Herr Mappus, wir wollen auch keine Verlängerung der Restlaufzeiten alter, längst abgeschriebener, Atommeiler, die den Energiekonzernen gegen eine kleine Spende für den

klammen Haushalt horrende Milliarden Gewinne in die Kassen spült – schon gar nicht am Bundesrat vorbei und gegen den ausdrücklichen Willen des Umweltministers.

Wir wollen, dass der alte Pannereaktor Neckarwestheim, wie vorgesehen, abgeschaltet wird – und die anderen dann auch bald!

Am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Landesregierung hat in den letzten Monaten ein trauriges Bild geboten im Streit über den Ankauf der CD mit Daten von Steuerflüchtlern aus Baden-Württemberg.

Nach Monaten des Hin und Her kauft jetzt die schwarz-gelbe Koalition in Niedersachsen zusammen mit dem Bund die CD – eine politische Ohrfeige für Schwarz-Gelb in Baden-Württemberg!

Bei der Zahl der Millionäre liegen wir ganz vorne, bei der Zahl der Selbstanzeigen wegen Steuerflucht auch. Anscheinend gibt es bei uns im Land besonders viele Steuerflüchtlern.

Der sparsame Schwabe bringt sein Geld an der Steuer vorbei ins Ausland, beklagt sich aber, wenn sein Daimler unter den schlechten Straßenverhältnissen leidet. Das ist doch scheinheilig!

Beim Ankauf der Steuer-CD darf es aber nicht bleiben. Wir verlangen: Die Straffreiheit bei Selbstanzeigen gehört abgeschafft und die Steuerfahndung im Land muss massiv ausgebaut werden!

Jeder muss seinen Beitrag entsprechend seiner Leistungsfähigkeit bringen – Starke mehr als Schwache. Der Staat hat für diesen Ausgleich zu sorgen!

Wenn die Starken keine Verantwortung für die Schwachen mehr übernehmen wollen, dann treibt das die Gesellschaft auseinander.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir müssen unseren Gesellschaftsvertrag erneuern.

Und dessen Kern ist Solidarität, d.h. Reiche für Arme, Gesunde für Kranke, Junge für Alte. Das ist sozialer Ausgleich, das ist gesellschaftliche Verantwortung.

Alles andere führt zur gesellschaftlichen Spaltung, zu Verrohung und sozialer Kälte.

Davon haben wir jetzt genug!

Wir setzen auf eine solidarische Gesellschaft!

Vielen Dank!